

Pressemitteilung Nr. 06 / 2024 vom 08. Februar 2024

Offener Brief an den Bayerischen Landtag: Geschlechtergerechtigkeit und queere Sichtbarkeit stärken statt diskriminierendes Genderverbot

*Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, queeren Verbänden, hochschulpolitischen Akteur*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wendet sich in einem offenen Brief an den Bayerischen Landtag, um gegen das von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) angekündigte Genderverbot in Bayern zu protestieren.*

Ende vergangenen Jahres kündigte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ein Genderverbot für Verwaltung und Schulen in Bayern an. Der bayerische Wissenschafts- und Kunstminister Markus Blume (CSU) erklärte gegenüber dem *Bayerischen Rundfunk*, dass das Genderverbot „selbstverständlich“ auch im Geltungsbereich seines Ministeriums umgesetzt werde.¹

Der DGB Bayern, die DGB-Jugend Bayern, die EVG Bayern, die GEW Bayern und der LSVD Bayern initiierten nun einen offenen Brief an die Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, der von weiteren 53 Organisationen unterstützt wird. Das Bündnis fordert die Abgeordneten auf, das von der Staatsregierung angekündigte Vorhaben eines Genderverbots zu verhindern und sich stattdessen für Geschlechtergerechtigkeit, Akzeptanz und Repräsentanz queerer Menschen mit ihren vielfältigen Lebensrealitäten einzusetzen.

Die *Landesvorsitzende der GEW Bayern Martina Borgendale* appelliert an die Landtagsabgeordneten und die Staatsregierung: „Unter den 1,6 Millionen Kindern und Jugendlichen an Bayerns Schulen sind auch viele queere Schüler*innen, die häufig aufgrund ihrer geschlechtlichen und sexuellen Identität Mobbing und Diskriminierung erfahren. Auch die Suizidrate ist unter queeren Jugendlichen höher. Statt mit einem Genderverbot queerfeindliche Stimmung zu befördern, sollte sich die Staatsregierung besser für mehr Akzeptanz und Sichtbarkeit queerer Lebensformen einsetzen.“

Markus Apel, Landesvorstandsmitglied und Pressesprecher des LSVD Bayern, ergänzt: „Sprache schafft Realität. Unsere Gesellschaft ist nicht ausschließlich binär, warum sollte es dann unsere gemeinsame Sprache sein? Mit Bayerns Sprachverboten von geschlechtergerechter Sprache spaltet die Staatsregierung unsere Gesellschaft und drängt nicht-binäre Menschen weiter in die Unsichtbarkeit. In einer Zeit, in der queere Menschen massiven Angriffen ausgesetzt sind, muss Sprache verbinden, statt zu spalten.“

Der *Vorsitzende des DGB Bayern Bernhard Stiedl* fügt hinzu: „Wie sich auch schon im Landtagswahlkampf gezeigt hat, wird hier nur versucht, von wichtigen anderen Themen abzulenken. Es gibt nirgendwo eine Pflicht zum Gendern, und noch absurder ist die Idee, dies den Menschen verbieten zu wollen. Es wäre viel wichtiger, jetzt über wichtige Zukunftsaufgaben zu sprechen – einen zukunftsfähigen Sozialstaat, Investitionen in marode Schulen oder die gleiche Bezahlung für alle Geschlechter zu gewährleisten.“

¹ Vgl. Petr Jerabek: Söders Gender-Verbot: Viel Wirbel und offene Fragen, 6. Dezember 2023, <https://www.br.de/nachrichten/bayern/soeder-und-das-gender-verbot-viel-wirbel-und-offene-fragen,TxeAevt>.

Der offene Brief kann nachgelesen werden unter: www.gew-bayern.de/offener-brief-gegen-genderverbot

Für Rückfragen erreichen Sie:

Martina Borgendale, Vorsitzende der GEW Bayern: martina.borgendale@gew-bayern.de, 089 544 081 17

Christiane Fuchs, Mitglied im Bundesausschuss Queer der GEW: christiane.fuchs@gew.bayern, 0160 42 68 796

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist ein starkes Team von über 275.000 Frauen und Männern, die in pädagogischen und wissenschaftlichen Berufen arbeiten: In Schulen, Kindertagesstätten, Hochschulen und anderen pädagogischen Einrichtungen. Die GEW ist parteipolitisch unabhängig, aber nicht unparteiisch. Das bedeutet: Wir ergreifen Partei für die Beschäftigten, für die Entwicklung und den Ausbau eines demokratischen Bildungswesens.

Weitere Informationen zum Landesverband Bayern finden Sie unter: <https://www.gew-bayern.de>